

Editorial

Die Einführung und Entwicklung der Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg ist in dieser Zeitschrift von Anfang an intensiv dokumentiert und begleitet worden. Jetzt gab es zwei bedeutsame Etappen: die erfolgreichen Sek-I-Abschlussprüfungen und die Einrichtung der ersten drei GMS-Oberstufen in Konstanz, Tübingen und Wutöschingen – Grund genug, sich dem Thema GMS wieder zuzuwenden.

[Joachim Friedrichsdorf](#) (Reutlingen, ehem. Schulleiter einer GMS in Tübingen) legt in einem umfangreichen Grundsatzartikel dar, warum (im Rahmen einiger Vorgaben) das Ausbauziel einer Gemeinschaftsschule der Sek-II-Abschluss, das Abitur des allgemeinbildenden Gymnasiums, sein muss, wenn das Ziel einer „zweiten Säule“ verwirklicht werden soll. (Ein Ziel übrigens, das Mitte August 2018 von der derzeitigen Kultusministerin Eisenmann CDU namens der Landesregierung [!] in Beantwortung einer Großen Anfrage der FDP/DVP-Fraktion im Landtag ausdrücklich in Abrede gestellt wurde!) Des Weiteren wird gezeigt, welches pädagogisch-didaktische Programm eine G-9-GMS-Oberstufe auszeichnen sollte. [Angela Keppel-Allgaier](#) (Tübingen) beschreibt detailliert den Planungs- und Umsetzungsprozess der GMS-Oberstufe in Tübingen, mit Betonung der überaus kooperativ unterstützenden Tübinger Stadtverwaltung.


Die Beiträge im Thementeil dieses Heftes wollen aber auch daran erinnern, dass wir es hier mit eminent politischen Vorgängen zu tun haben, so dass wir zum einen an externer Resonanz interessiert sein sollten, zum andern an Einsichten in bildungspolitisch kontroverse Interessenlagen und förderliche oder behindernde politische Maßnahmen. Zum ersten Bereich gehören die Beiträge von [Maria Jeggle](#) (Stuttgart, GEW-Zs. b&w) und [Fabian Busch](#) (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG), wobei Letzterer schon deshalb bemerkenswert ist, weil er ausführlich in der SZ berichtet, die in München erscheint, in einem Bundesland, in dem es gar keine Gemeinschaftsschulen gibt! Zum zweiten Bereich gehört der Briefwechsel von OB [Boris Palmer](#) (Tübingen) mit der KM [Susanne Eisenmann](#), in dem der OB sehr deutlich darlegt, wie man schlicht bürokratisch das Bildungsstreben und -chancen von strebsamen Jugendlichen im Übergang auf eine GMS-Oberstufe ausbremsen kann. Das ist dann auch der Hintergrund für die gesunkenen Anmeldezahlen für die erste Tübinger GMS-Oberstufe (dazu auch der Beitrag von [Angela Keppel-Allgaier](#)). [Andreas Stoch](#) (SPD-Landes- und -Landtagsfraktions-Vorsitzender) sieht diesen Vorgang in einer fortgesetzten Politik der Nadelstiche, mit der die derzeitige Kultusministerin die Entwicklung der GMS in Baden-Württemberg behindert – diese wird bei der Aufzählung der Schularten auch mal glatt „vergessen“.

Der zweite Schwerpunkt dieses Heftes lautet „Politikberatung durch Bildungsforschung?“. Ausgelöst durch einen Artikel in der ZEIT von [Nina Kolleck](#) diskutieren [Hans Brügelmann](#) und [Georg Lind](#) den Befund der Autorin, Bildungspolitik ignoriere die Befunde der Bildungsforschung. Das Ergebnis ist nicht überraschend: Bildungspolitik ignoriert Wissenschaft und Forschung nicht, sondern zieht aus deren Befunden voreilige und falsche Schlüsse, deren Umsetzung zu unliebsamen Nebenfolgen führen und häufig zur Revision von „Reformen“ führen. Außerdem befolgt die heutige vorherrschende empirische Bildungsforschung ein falsches Paradigma: Für Praxis- und Wirkungsforschung sind ganz andere Daten und Informationen wichtig. [Georg Lind](#) und [Ulrich Herrmann](#) zeigen eine praxisrelevante Alternative zur heute vorherrschenden empirischen Bildungsforschung.



Prof. Dr. Ulrich Herrmann

Endredakteur von Lehren & Lernen
ulrich.herrmann@t-online.de

 zuständig für das Thema dieses Heftes

- **Grundsätzliches und Aktuelles zur Gemeinschaftsschule**
- **Politikberatung durch Bildungsforschung?**

Joachim Friedrichsdorf

Das Haus muss zu Ende gebaut werden

Ohne Oberstufen an geeigneten Standorten kann Gemeinschaftsschule nicht gelingen

Zum Schuljahr 2012/13 wurde in Baden-Württemberg die Schulart Gemeinschaftsschule eingeführt. Sie sollte neben der Sekundarstufe I auch den Primarbereich mit einbeziehen können sowie bei Erfüllung einer Mindestzahl an Schülerinnen und Schülern auch eine Sekundarstufe II. Insbesondere eine repräsentative Zahl an Gemeinschaftsschul-Oberstufen ist für eine Akzeptanz und Verankerung der neuen Schulform bei der Elternschaft in Baden-Württemberg unerlässlich.

► Stichwörter: [Gemeinschaftsschule](#), [Oberstufe der Gemeinschaftsschule](#), [Zweite Säule](#)

Angela Keppel-Allgaier

Aufbau einer gymnasialen Oberstufe an der Gemeinschaftsschule West in Tübingen

Zu Beginn des Schuljahres 2018/19 begann an der Gemeinschaftsschule West in Tübingen der Betrieb der Oberstufe. Schon der Weg zur Antragstellung und Genehmigung war für alle Beteiligten mit vielen Gesprächen und Diskussionen im Rahmen einer ganzen Reihe von Veranstaltungen verbunden. Damit der Alltag in diesem Schuljahr gut anlaufen konnte, waren dann weitere sehr intensive Planungen notwendig, die nun insbesondere von den Akteuren an der Schule zu leisten waren. Ein langer Weg wird hier kompakt dargestellt.

► Stichwörter: [Gymnasiale Oberstufe](#), [Gemeinschaftsschule](#)

Eine Schulform will nach oben

Ein Bericht über die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg

Ein Blick von außen. Dieser Bericht aus der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG über die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg spiegelt einige wichtige Aspekte ihrer pädagogischen Arbeit und das Problem der Einrichtung eigener Oberstufen für den Sek-II-Abschluss. Es kann sich nur um Schlaglichter handeln, aber sie sind authentisch und hilfreich, denn sie wecken ja die Rückfrage: Warum wird diese Schulart von der regierungsamtlichen Politik nicht stärker unterstützt? (Red.)

► Stichwörter: [Gemeinschaftsschule](#), [Baden-Württemberg](#), [Unterrichtsentwicklung](#)

Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg: erste Bewährungsprobe mit Bravour bestanden

Die Gemeinschaftsschulen (GMS) arbeiten erfolgreich. Das zeigen die Prüfungsergebnisse der ersten 1.600 GMS-Schülerinnen und -Schüler, die 2018 ihre Realschulabschlussprüfungen abgelegt haben. Die Durchschnittsnoten in Deutsch, Mathematik und Englisch unterscheiden sich von denen der Realschulen nur minimal, obwohl fast 50% der Schülerinnen und Schüler in Klasse 5 eine Hauptschulempfehlung hatten.

► Stichwörter: [Gemeinschaftsschule](#), [Leistungsvergleich Sek-I-Abschluss Gemeinschaftsschule – Realschule](#)

Zugang zur GMS-Oberstufe – aber wie?

Eine Kontroverse zwischen Schulträger und Kultusministerium

Briefwechsel zwischen OB Boris Palmer (GRÜNE, Tübingen) und Ministerin Susanne Eisenmann (CDU, Stuttgart)¹

Der nachfolgend abgedruckte Briefwechsel zwischen einem Oberbürgermeister (für den Schulträger Stadt Tübingen: OB Boris Palmer, GRÜNE) und einer Kultusministerin (für das Kultusministerium Baden-Württemberg als Genehmigungsbehörde: Dr. Susanne Eisenmann, CDU) ist exemplarisch für einen bildungs- und schulpolitischen Konflikt. Die von GRÜN-ROT in Baden-Württemberg eingeführte Gemeinschaftsschule wird nur mit einer eigenen Oberstufe vollgültige „zweite Säule“ einer allgemeinbildenden Schulart neben dem Gymnasium. Das aber bedeutet Aufbauarbeit, Werbung durch gute Sek-I-Abschlüsse (die inzwischen erbracht wurden) und Investitionen in die neuen Oberstufen. Die derzeitige baden-württembergische Kultusministerin (CDU) kann die gesetzliche Etablierung der Gemeinschaftsschulen nicht rückgängig machen, aber sie ist bestrebt, die Gemeinschaftsschule möglichst ohne eigene Oberstufe auf Sek I festzuschreiben und so die vollgültige „zweite Säule“ so schwach zu machen, dass sie *de facto* keine ist und dem herkömmlichen Gymnasium das Monopol auf das allgemeinbildende Abitur nicht streitig machen kann. Dafür wurden „unfaire Hürden“ ausgedacht und etabliert, die den Aufbau der GMS-Oberstufen durch Zugangsbehinderungen massiv behindern (sollen). Darum geht es in diesem Briefwechsel. (Red. UH)

► Stichwörter: [Gemeinschaftsschule](#), [Oberstufenstreit Kommune – Ministerium](#), [Bildungsgerechtigkeit](#), [Bildungsbenachteiligung](#), [Abiturmonopol allgemeinbildendes Gymnasium](#)

Politik der Nadelstiche. Wie die GRÜN-SCHWARZE Landesregierung die Gemeinschaftsschule zu schwächen versucht

Kultusminister a. D. *Andreas Stoch*, Vorsitzender der SPD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag, kritisiert die Politik der Kultusministerin *Susanne Eisenmann* (CDU), durch die sie die Entwicklung der im Aufbau befindlichen Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg behindert, besonders das Aufwachsen der Gemeinschaftsschulen zur zweiten Säule neben dem allgemeinbildenden Gymnasium. Infolge einer restriktiven Handhabung der Genehmigungskriterien haben erst drei von über 300 Gemeinschaftsschulen bislang eine eigene Oberstufe genehmigt bekommen. Zukunftschancen werden vertan.

► Stichwörter: [Gemeinschaftsschule](#), [Schulentwicklung](#) [Baden-Württemberg](#)

Bildungspolitik und Bildungsforschung

Ein Missverständnis – Folgen für Schule und Unterricht – Ein Ausweg
Ein Kommentar zu Nina Kolleck: „Das große Desinteresse“

Einmal mehr wird beklagt, dass Bildungspolitiker die Ergebnisse der empirischen Bildungsforschung nicht hinreichend berücksichtigen und häufig „Reformen“ mit kontraproduktiven Ergebnissen anstoßen. Der nachfolgende Beitrag zeigt, dass die Vorstellung von einer Anwendung von Wissenschaft auf Politik irrig ist: Wissenschaft kann nur alternative Möglichkeiten aufzeigen, aber keine Handlungsanweisungen geben; Politik kann sich nicht auf eindeutige Interpretationen von Forschungsergebnissen beziehen, zumal sie selber zwischen konkurrierenden politischen Zielen entscheiden muss. Der Ausweg besteht darin, Praxisforschung zu favorisieren für das Generieren von Praxiswissen für die Optimierung von Strukturen und Lehr-Lern-Prozessen im Bildungssystem selber.

► Stichwörter: [Bildungspolitik](#), [Politikberatung](#), [Wissenschaft und Politik](#), [Praxisforschung](#), [Empirische Bildungsforschung](#)

„Großes Desinteresse“ – oder kluge Zurückhaltung?

Bildungspolitik ist gut beraten, Forschungsergebnisse in Ruhe zu prüfen und sich medial hochgespielten „Folgerungen“ nicht vorschnell anzuschließen. Der Beitrag zeigt anhand eingehender Analysen, dass empirische Studien z. B. zum Lesen- und Schreibenlernen (bzw. Rechtschreiben) aufgrund ihrer Anlage und ihrer Ergebnisse keineswegs eindeutige bildungspolitische Schlussfolgerungen erlauben, zumal politische Zielkonkurrenzen und spezifische Praxiskontexte zu beachten sind.

► Stichwörter: [Bildungspolitik](#), [Politikberatung](#), [Wissenschaft und Politik](#), [Empirische Bildungsforschung](#), [Rechtschreibunterricht](#), [Schriftspracherwerb](#), [Grundschule](#)

Welche Bildungsforschung sollte mehr Beachtung in der Politik finden?

Plädoyer für eine alternative Bildungsforschung: Wirksamkeitsstudien

Im Bereich der Lehr-Lern-Forschung ist die herrschende empirische Bildungsforschung höchst defizitär: Sie erhebt weder die Effektstärken noch die Effizienz der untersuchten Lehrmethoden, sie teilt weder etwas mit über das Ausmaß des Realisierungsaufwandes (Effizienz) einer empfohlenen Lern-Methode noch über deren Effektivität (Lernerfolge), mithin auch nichts über die (mögliche) Effizienz und Effektivität bildungspolitischer Maßnahmen. Der Beitrag plädiert für andere Untersuchungskonzepte, mit denen Effektivität und Effizienz für definierte Schülergruppen ermittelt werden können. Das erfordert nicht nur andere Erhebungsinstrumente, sondern qualifizierte Lehrpersonen. Der enorme finanzielle Aufwand für die vorherrschende empirische Bildungsforschung sollte eingestellt und in Effizienz- und Effekt-orientierte Wirksamkeitsstudien umgeleitet werden.

► Stichwörter: [Bildungspolitik](#), [Politikberatung](#), [Empirische Bildungsforschung](#), [Lehr-Lern-Forschung](#), [Wirksamkeitsforschung](#)